

Zentrales Register soll Bildungsbürokratie eindämmen

MOTION Die Prozesse bei den Ausbildungszulagen hält FDP-Nationalrat Bruno Pezzatti für zu umständlich. Er will diese deshalb mit einem neuen Register automatisieren.

ma. Studierende, Schüler und Lehrlinge erhalten ab dem 16. Lebensjahr jedes Semester beziehungsweise jedes Jahr eine Ausbildungsbestätigung. Diese brauchen sie, um Stipendien oder Ausbildungszulagen zu erhalten. Im Fall der Ausbildungszulagen gelangt die Bestätigung über die Eltern zu deren Arbeitgebern und von dort aus an die zu-

ständige Familienausgleichskasse, welche die Zulagen schliesslich ausbezahlt.

20 Prozent Ersparnis beim Personal

Darüber ärgert sich Roger Holzer, Kassenleiter der Ausgleichskasse **Aargauische Industrie- und Handelskammer**: «Im August und September sind 50 Prozent der Briefpost, die wir erhalten, solche Ausbildungsbestätigungen.» Die Bearbeitung sei sehr personalaufwendig, Zeit raubend und kostspielig. «Aktuell werden in der Schweiz an rund 500 000 Personen Ausbildungszulagen ausbezahlt. Würde man alles digitalisieren, könnten 20 Prozent des Personals eingespart werden», rechnet Holzer vor. Zudem sei es irrwitzig, dass die Bildungsinstitutionen digitale Dossiers über ihre Studenten oder Schüler führten, die Bestätigungen jeweils aber

auf Papier abdrucken müssten, welches die Ausgleichskassen wiederum einscannen müssten, um sie in ihre digitalen Dossiers einzuspeisen.



relativ einfach sparen könnte.» Deshalb hat Pezzatti nun eine Motion eingereicht, mit der er die Schaffung eines «Ausbildungsbestätigungsregisters» fordert. Der Bundesrat solle dem Parlament die ge-

setzliche Grundlage für ein solches Register unterbreiten.

Bereits 2011 wurde ein Familienzulagenregister geschaffen. Pezzatti stellt sich vor, dass das neue Register an dieses gekoppelt werden könnte. Die Bildungsinstitutionen sollten demnach die Ausbildungsbestätigung künftig direkt in das neue Register speisen, anstatt diese jedem einzelnen Schüler, Lernenden und Studierenden in Form von Briefpost zukommen lassen zu müssen. Die zentrale Ausgleichsstelle (ZAS) solle dann die eingegangenen Ausbildungsbestätigungen mit den Daten im Familienzulagenregister abgleichen und jeweils der zuständigen Ausgleichskasse weiterleiten. «So könnte mit einem verhältnismässig kleinen Aufwand einiges an Zeit und Geld gespart werden», er-

klärt Pezzatti, der selber als Präsident der branchenübergreifenden, nationalen Ausgleichskasse Verom amtet.

Missbräuche besser verhindern

Ein solches Register hätte zudem einen weiteren positiven Nebeneffekt, so Pezzatti: «Man könnte Missbräuche besser bekämpfen.» Eine abgebrochene Ausbildung könnte dank des Registers schneller erkannt werden – es könnte entsprechend schneller verhindert werden, dass Leute ungerechtfertigt weiterhin Monat für Monat Ausbildungszulagen erhalten. Das hat auch Roger Holzer im Sinn, denn: «Wir müssen immer wieder Rückforderungen stellen, wenn wir einen Missbrauch bemerken. In rund 5 Prozent dieser Fälle mündet das Ganze gar in einer Betreibung oder einem Tilgungsplan.»